

Riesauer Tageblatt



Druckerschrift
Tageblatt Riesa.
Herausf. Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580.
Strohkasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 176.

Freitag, 29. Juli 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverletzungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hülsmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Partei- oder Staatspolitik?

Zum Problem der öffentlichen Meinungsbildung.

Jeder Regimewechsel, gleichgültig welchen Bereich er betrifft, pflegt alsbald Auseinandersetzungen über die Praxis und die Methoden der verflochtenen Geschäftsführung zu zeitigen. Das ist gegenüber der autoritären Unantastbarkeit der Gewalten früherer Zeiten vielleicht einer der sichtbarsten Fortschritte der staatspolitischen Entwicklung; es wird dadurch jedes Regime gezwungen, sich von vornherein darauf einzurichten, den nachfolgenden Rechenschaft abzulegen oder von ihnen zur Verantwortung gezogen zu werden.

Gleichwohl hat keine der vielfach sicherlich ernsthaft gemeinten Bemühungen der jüngeren Zeit um völlige Ausräumung der Methoden der Geheimdiplomatie und der Geheimfonds ihr Ziel erreichen können. Von Bismarcks „Reptilienfonds“ bis zu dem jetzt im Vordergrund des Interesses stehenden „Verbrecherfonds“ der preuß. Regierung zeigt die Geschichte aller wissenschaftl. Untersuchungen und Untersuchungsausschüsse, daß sich immer wieder dunkle und unkontrollierbare Kräfte der staatspolitischen Gegebenheiten zu bemächtigen verstanden, die nun einmal die Herausstellung aller politischen Vorgänge aus volle Tageslicht verbieten, so lange verbieten werden, bis der Völkerverbund ein Kollegium von Erzengeln sein wird.

Das darf jedoch unter gar keinen Umständen hindern, jede sich bietende Gelegenheit zur Aufspürung und Zurückführung von Mißbräuchen in vollem Umfange auszunutzen. Die Frage der Geheimfonds ist in allererster Linie heute — wie seit jeher — die Frage der öffentlichen Meinungsbildung. Das Problem der öffentlichen Meinungsbildung aber ist einer der Kernpunkte jeglicher Regierungsmaßnahme. Man braucht nicht lange zu suchen, um in der Geschichte der letzten Jahre, insbesondere der der außenpolitischen Kämpfe Deutschlands, überzeugende Belege über das entscheidende Gewicht der öffentlichen Meinungsäußerungen für den Erfolg oder Mißerfolg von Regierungsverhandlungen zu finden.

Das Problem, das mit den Erörterungen über die geheimen Gelder der preussischen Regierung zur Diskussion gestellt ist, ist also nicht eigentlich das Problem der Geheimfonds an sich, sondern das ihrer Verwendung. Errechenbarerweise ist ohne Zögern ein Untersuchungsausschuss mit der genauesten Nachprüfung dieser Frage betraut worden. Die Schlagworte vom Parteistaat und Parteibuchbeamten haben die Öffentlichkeit gerade genug beunruhigt und erregt, als daß man darauf verzichten dürfte, jeden ausstehenden Vorwurf bezüglich der Verwendung öffentlicher Mittel zu anderen als lauterer, staatspolitischen Zwecken sorgfältig nachzuprüfen.

Das dabei mit der notwendigen Rücksichtslosigkeit verfahren werden dürfte, dafür bürgt eigentlich schon die bisherige Praxis des Reichskommisars in Preußen und seines Auftraggebers. In der Tat darf nur eine einzige Rücksicht gelten, nämlich die, durch die zu führende Untersuchung der Effekt solcher Handlungen nicht zu gefährden, die klaren staatspolitischen Zwecke dienen haben. Man kann ja, am allerwenigsten in Deutschlands heutiger Lage, nicht auf jeden Einfluß in dieser Hinsicht verzichten. Was auf diesem Wege in der Organisation des Kampfes um die deutschen Grenzlande und die Deutschland entzogenen Gebiete, des Kampfes gegen Kriegsschuldfrage und Reparationen, des Kampfes um Deutschlands Recht auf Sicherheit in den verflochtenen Jahren geschehen ist, werden erst spätere Generationen klar erkennen können.

Solange die Gewalt regiert, muß jede Regierung, muß jede Obrigkeit im Interesse des Ganzen Wege suchen, der Gewalt mit den Kräften des Geistes zu begegnen. Alle diese Wege führen über die öffentliche Meinungsbildung. So wird eine Politik, die diesem Ziele dient, staatspolitische Pflicht und zwar eine Pflicht, zu deren Schutz vor parteipolitischen Mißbrauch jeder Staatsbürger berufen ist.

Französische Rückfrage wegen der Schleicher-Rede.

Keine Meinungsverschiedenheiten im Kabinett.

Berlin. (Funkdruck.) Von zuständiger Seite werden die Zeitungsmeldungen bestätigt, daß der französische Ministerpräsident Gerriot bei dem deutschen Votschalter in Paris Rückfrage wegen der Rundfunkrede des Reichswehrministers gehalten hat. Votschalter von Goebbels hat über seine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten nach Berlin berichtet. Auch der französische Votschalter in Berlin, Francois Poncet, hat bei seinem Besuchsbesuch beim Reichsaußenminister wegen der „Rote“-Katastrophe nach der Tragweite der Rede des Generals von Schleicher gefragt. Dieser Schritt des französischen Votschalters ist offenbar aus persönlicher Initiative und ohne Auftrag der französischen Regierung erfolgt. Dem Votschalter ist die Antwort geworden, daß das ganze Kabinett hinter dieser Rede stehe und daß diese Rede auch dem überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands entspreche.

Wie aus dieser Erklärung dem französischen Votschalter gegenüber hervorgeht, besteht über die Rundfunkrede des Generals von Schleicher im Kabinett vollkommene Einmütigkeit. Die Behauptungen eines Berliner Vormittagsblattes über die Divergenz zwischen dem Reichswehrminister einerseits und dem Reichsfinanzminister und anderen Mitgliedern des Kabinetts andererseits sind völlig unzutreffend.

Reichsfinanzminister über seine Politik.

Deutschlands politische Forderungen.

W. New York. Reichsfinanzminister von Papen äußerte sich der „United Press“ gegenüber eingehend über die Absichten seiner Regierung. Der Kanzler hob zunächst hervor, der rasche Weg zur Wiederherstellung der Wohlfahrt der Welt bestünde darin, daß Deutschland seinen Platz an der Sonne zurücknehme. Die Welt könne nicht wieder zu Wohlstand gelangen, bevor nicht Deutschland seine Stellung als gleichberechtigter Staat wieder einnehme. Das beste sowohl für das moralische als politische Gebiet wie für Wirtschaftsfragen. „Meine Regierung“, erklärte er, „steht ihre vornehmste Aufgabe darin, Deutschland die wirtschaftliche und politische Stellung im Völkerverbund zurückzugewinnen, auf die es Anspruch hat. Bei Erfüllung dieser Funktion würden wir nicht nur die Lebensfähigkeit Europas erhöhen, sondern auch in erheblichem Maße zur Lösung der gesamten Weltkrise beitragen. Dabei habe ich selbstverständlich im Auge, daß im Interesse der Welt den unannehmerlichen Diskriminationen, deren Gegenstand Deutschland durch den Versailler Vertrag geworden ist, ein Ende gemacht werden muß und daß A. B. die moralische Rechnung Deutschlands, die in der Kriegsschuldfrage liegt und in der Meinung unserer Kolonien zum Ausdruck kommt, die unter der Begründung erfolgte, daß wir die schlechtesten Kolonialverhältnisse der Welt seien, abgeklärt werden muß. Der Kampf gegen diese Rechnungsbestimmungen wird unerbittlich fortgeführt werden.“

Ueber die Stabilität seiner Regierung befragt, meinte der Kanzler, daß sich wegen der Unmöglichkeit des Ausbaues der Wahlen am Sonntag für den 2. August seiner Regierung kaum eine Prognose stellen ließe. Er erwähnte jedoch die Möglichkeit, daß die Nationalsozialisten ankommen mit den Deutschen eine Mehrheit im Reichstag erzielen, oder daß diese Parteien gemeinsam mit dem Zentrum das neue Kabinett bilden oder daß sie sich schließlich auch auf die Stützung der gegenwärtigen Regierung einigen könnten.

Auf die Frage, ob Deutschlands Forderung auf Gleichberechtigung in Rüstungsfragen bedeute, daß Deutschland aufrücken wolle, wenn die anderen Mächte nicht abtrüben, erklärte der Kanzler: „Nein. Wir wollen ein Herz lediglich für unsere eigene Sicherheit und den Schutz unserer Grenzen, die keineswegs so gefährdet sind wie die Grenzen Frank-

reichs. Das heißt nicht, daß wir ein Heer verlangen, das Mann für Mann so stark sein muß als das Frankreichs, sondern daß wir auf moralischer Ebenbürtigkeit und dem Recht bestehen, eine moderne militärische Ausrüstung zu besitzen.“

Auf die Bitte, seine Auffassung über die deutsch-französischen Beziehungen näher darzulegen, betonte der Kanzler, daß er nie ein militärisches Bündnis zwischen Deutschland und Frankreich vorgeschlagen habe. Er habe jedoch bei Gerriot gelegentliche Besprechungen zwischen den Generalstäben Deutschlands und Frankreichs angeregt, die dazu dienen sollten, Mißtrauen zu zerstreuen und beiden Staaten Sicherheit zu gewährleisten.

Auf die Frage, ob nach seiner Ansicht die Wiederherstellung Deutschlands auch die Wiedereinführung der Monarchie mit sich bringen würde, meinte der Kanzler unter anderem: „Wir haben andere Probleme zu lösen, die weit wichtiger sind. Die ganze Frage ist heute nicht aktuell.“ Hinsichtlich der inneren Verhältnisse Deutschlands betonte der Kanzler, der Staat sei durchaus in der Lage, mit der Kommunisten-gefahr fertig zu werden. Der gegenwärtige Kampf seiner Regierung gegen den Kommunismus richte sich gegen den geistigen und kulturellen Bolschewismus. Er fügte hinzu, daß die kommunistische Partei nach den Reichstagswahlen nicht aufgelöst oder außerhalb des Gesetzes gestellt werden soll. Hinsichtlich der Privatverschuldung Deutschlands betonte der Kanzler, daß Deutschland durchaus die Absicht habe, seine Schulden zu tilgen. Wenn die Frage nach einer Herabsetzung der Zinssätze für Deutschlands private Schulden an das Ausland zur Erörterung komme, so werde Deutschland gewiss nicht einseitig Schritte in dieser Richtung unternehmen, sondern eine Einigung mit seinen Gläubigern zu erzielen suchen. Er hoffe andererseits, daß durch eine Einigung mit Deutschlands Privatgläubigern ein Transfermentorium umgangen werden könne.

Zum Schluß betonte der Kanzler die Enttäuschung, die in Deutschland Platz gegriffen hat, als der Erfolg der Konferenz plötzl. durch die Art entwertet zu sein schien, in der das Gentlemen-Abkommen zwischen England, Frankreich, Italien und Belgien und der französisch-englische Konsultationspakt ans Licht kamen und mißverstanden wurden. Ueber die Aussichten für eine Ratifizierung des Versailler Abkommens meinte der Kanzler: „Deutschland braucht sich nicht zu beeilen, den Vertrag zu ratifizieren, sondern wird zunächst abwarten, was die anderen Mächte tun.“

Der Reichsinnenminister über die Aufgaben der Schule.

W. Berlin. Reichsinnenminister Freiherr v. Gaus hat an die Unterrichtsminister der Länder ein Schreiben gerichtet, das sich mit den künftigen Aufgaben der Schule befaßt.

Der Minister betont die Notwendigkeit einer fruchtbareren Zusammenarbeit von Reich und Ländern auf dem Gebiete der Schule und spricht die Hoffnung aus, demnach mit den Ländern die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme der Arbeiten am Reichsschulgesetz klären zu können. Er nimmt dann allgemein zur Erziehung der deutschen Jugend Stellung und betont, daß der Gedanke an den Dienst, den Volk und Reich von der Jugend fordern, künftig alle Maßnahmen der Unterrichtsverwaltungen und die pädagogische Haltung der Lehrerschaft bestimmen müsse. Die Erziehung zu Volk und Staat sei die vornehmste Aufgabe aller deutschen Schulen. Sie bedeute zugleich Erziehung zum Dienst, zur Verantwortung und Opferfähigkeit gegenüber dem Ganzen. Bei dieser Erziehung zu Volk und Staat würden allerdings auch die sachlichen Anforderungen künftig wieder in allen Schularten gesteigert werden müssen. Weitsichtigkeit und zu weit getriebene Rücksicht auf jede individuelle Neigung seien unangebracht gegenüber einer Jugend, die vom Leben einmal hart angepaßt werden müsse. Nicht auf einen Ballast von Schulwissen komme es an. Nur dann sei die Jugend für ihren Dienst recht vorbereitet, wenn sie gelernt habe, sachlich zu arbeiten, klar zu denken, ihre Pflicht zu erfüllen und wenn sie auch daran gewöhnt worden sei, sich in Zucht und Gehorsam den Ordnungen der Erziehungsgemeinschaft einzufügen und sich willig echter Autorität unterzuordnen. Diese volks- und staatspolitische Erziehungsaufgabe stehe im schärfsten Gegensatz zur parteipolitischen Beeinflussung der Jugend. Leider hätten sich auch die Führer großer Parteien dem Rufe verweigert, auf die parteipolitische Bearbeitung der wahlmündigen Jugend zu verzichten. Wenn die Jugend trotz der parteipolitischen Zerrissenheit überhaupt zum Staate erziehen werden solle, dann müsse unbedingt die Schule von parteipolitischer Abhängigkeit frei bleiben. Es sei nicht Aufgabe der Schule, die einseitige politische Auffassung der jeweiligen Regierung in die Herzen der Schüler zu pflanzen. Lehrer müßten keine Parteimänner, sondern Jugenderzieher sein, die in ihrer pädagogischen Haltung den überparteilichen Staatsgedanken verkörpern. Die Erziehung zu echter Staatsgenossenschaft müsse ergänzt und vertieft werden durch eine deutsche Bildung, die sich auf die geistlich-kulturelle Wertgemeinschaft des deutschen Volkes gründet und die in der Jugend ein lebendiges Volksbewußtsein ent-

wickelt. Gehe die Grundschule von den volkstümlichen Bildungswerten der Heimat aus, so sollen alle weiterführenden Schulen die Jugend vertraut machen mit dem Wesen des deutschen Volkes und Reiches, mit der Lage und Bedeutung des Grenz- und Auslandsdeutschtums, insbesondere mit dem Schicksal des deutschen Ostens. Schulen oder Erzieher, die sich dieser deutschen Bildungsaufgabe verschließen, weil sie selbst kein Verhältnis zum deutschen Volkstum hätten oder unklaren Meinungen einer in ihrem deutschen Empfinden getrüben sogenannten modernen Jugend nachgäben, sollten im deutschen Bildungswesen keinen Raum haben.

Der Minister bezeichnet es schließlich als seine besondere Pflicht, das Recht und die freie Entfaltung der christlichen Schule und die christliche Grundlage aller Erziehung zu sichern und zu schützen, wie er auch über die Schulerziehung hinaus mit aller Kraft christliche Sitte und gesunde deutsche Volkskultur pflegen wolle.

Die Schule kann ihre Erziehungsaufgabe nicht allein aus eigener Kraft erfüllen. Sie ist auf die Unterstützung ihrer Arbeit durch Eltern, Staat und Volk angewiesen. Sie kann die Jugend zu Staat und Volk nur dann recht erziehen, wenn das gesamte Leben in Staat und Volk, von der Familie an und durch alle kulturellen Gestaltungen hindurch, die Jugend in der Entwicklung ihrer geistlichen sittlichen und geistigen Kräfte anspornt und fördert. Ich werde daher über die Schulerziehung hinaus mit aller Kraft zu meinem Teile und durch Unterstützung gleicher Bestrebungen christliche Sitte und gesunde deutsche Volkskultur schützen und pflegen und alle Mittel der öffentlichen Kulturpflege dieser Aufgabe dienlich machen. Mit der gleichen Entschiedenheit werde ich alle Sitte und Kultur zerkündernden Einflüsse bekämpfen und vor allem die Jugend vor ihnen schützen. Wo die Jugend sich selbst in ihren Bünden, in den Arbeitslagern, im freiwilligen Arbeitsdienst und ähnlichen Veranlassungen Auslässe einer neuen sittlichen Ordnung schafft, kann sie mit meiner ganz besonderen Anteilnahme und Förderung rechnen. Die deutsche Jungmannschaft bereitet sich dort am besten für Volk und Staat vor, wo sie sich zu schlichter schweigernder Tat in gemeinsamer Arbeit und in dem sittlichen Willen zusammenschließt, sich dienend dem Staate und Volke einzusetzen. Der Staat hat ohne die Jugend keine Zukunft; aber auch die Jugend kann zu ihrer Lebensaufgabe nicht heranzreifen, wenn sie nicht von dem Willen befeuert ist, am Neubau des Reiches mitzuwirken.